



Protokollauszug  
zum GEMEINDERAT

am Donnerstag, 13.12.2012, 17:07 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

<b>TOP 1</b>	<b>Haushaltsplan 2013 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2012-2016</b>	<b>Vorl.Nr. 445/12</b>
--------------	--------------------------------------------------------------------------------	------------------------

---

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.2.

<b>TOP 1.1</b>	<b>ANLAGE Haushaltsplan 2013 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2012-2016</b>	<b>Vorl.Nr. 446/12</b>
----------------	---------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

---

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.2.

<b>TOP 1.2</b>	<b>Haushaltsplan 2013 - Änderungsverzeichnis</b>	<b>Vorl.Nr. 454/12</b>
----------------	--------------------------------------------------	------------------------

---

**Beschluss:**

Die Haushaltssatzung 2013 sowie der Haushaltsplan 2013 und die mittelfristige Finanzplanung 2012 - 2016 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorl. Nrn. 445/12, 446/12) und den der Vorl. Nr. 454/12 beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 24 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold  
Stadtrat von Stackelberg

Ja 24 Nein 13 Enthaltung 2

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erinnert an die Beratungen des Haushaltsplanentwurfs in den Sitzungen des Gemeinderats am 4. und 5. Dezember 2012. Das Ergebnis dieser Beratungen sei in Vorl. Nr. 454/12 zusammengefasst. Exemplarisch weist er nochmals auf verschiedene Rahmenbedingungen hin, die sich seit der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs geändert hätten, so beispielsweise das Ergebnis der November-Steuerschätzung, die Reduzierung der Kreisumlage, die vom Statistischen Landesamt ermittelte höhere Einwohnerzahl, welche sich auf die Schlüsselzuweisungen auswirke, sowie den Kindergarten-Vertrag. Im Ergebnis schließe die Haushaltssatzung 2013 mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von rund 346 Mio. €. Auf den Verwaltungshaushalt entfielen hiervon rund 303 Mio. €. Es seien weiter Kreditaufnahmen in Höhe von 2 Mio. € vorgesehen, deren Hintergründe und Notwendigkeit bereits erläutert worden seien. Die Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten künftiger Jahre betrügen rund 9 Mio. €. Dies Kassenkredite seien mit 25 Mio. € auf den Maximalbetrag angesetzt, die Realsteuerhebesätze betrügen bei allen Steuerarten nach den Beratungen der vergangenen Woche jeweils 375%.

Stadtrat **Herrmann** nimmt für die CDU-Fraktion Stellung. Er bedankt sich für das im laufenden Jahr gut vorbereitete und erfolgreich abgewickelte Verfahren zur Beratung des Haushaltsplanes, betont aber zugleich, dass eine Entscheidung über das Beratungsprocedere für das kommende Jahr damit noch nicht getroffen sei. Er erinnert daran, dass seine Fraktion in den Haushaltsberatungen hauptsächlich Berichtsanträge und keine Anträge auf Änderungen des Haushaltsentwurfs in einzelnen Punkten gestellt habe. Nach wie vor Sorge sie sich jedoch um die sehr hohe Rücklagenentnahme. 2012 seien im Haushalt 7,7 Mio. € eingeplant gewesen und man müsse dank einer sehr guten konjunkturellen Entwicklung sehr wenig bis gar nichts entnehmen. 2013 sei gut das dreifache an Rücklagenentnahmen eingeplant und man könne nur hoffe, dass sich auch dieser Betrag noch deutlich reduziere. Weitere zwei Punkte hätten im Rahmen der Haushaltsberatungen für Unruhe gesorgt. Zum einen die mehrheitlich beschlossene Erhöhung der Realsteuerhebesätze. Er wolle die Gelegenheit nutzen, um klar festzuhalten, dass alle Stadträtinnen und Stadträte ihre jeweilige Entscheidung im Bewusstsein ihrer Verantwortung getroffen hätten, auch wenn die persönliche Abwägung zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt habe. Dies sei ein Zeichen funktionierender Demokratie. An OBM Spec gewandt betont er, es sei nicht angebracht, dass man denjenigen Stadträten, die eine Steuererhöhung abgelehnt hätten, Verantwortungslosigkeit vorwerfe. Zum anderen seien auch die Bemerkungen des Oberbürgermeisters zur Spitze der IHK deplatziert gewesen. Er hebt die Bedeutung der Wirtschaft für den Standort Ludwigsburg hervor und bekräftigt, sowohl Gemeinderat als auch Verwaltung sei an einem guten Verhältnis zu den Spitzenvertretern der Wirtschaft gelegen. Der Oberbürgermeister habe durch seine Aussagen das bisher gute Klima ohne Not verschlechtert und er bitte ihn im Interesse der Gesamtstadt dringend, die Sache „wieder ins Lot zu bringen“. Für die folgenden Haushaltsjahre halte die CDU-Fraktion weiter eine strenge Ausgabendisziplin für notwendig. Dies gelte auch für den Vermögenshaushalt, für welchen man heute einen Fahrplan zur Gewinnung besserer Entscheidungsgrundlagen beschließen wolle. Dies bedeute zugleich, dass man neue Projekte sehr zurückhaltend angehen müsse. Beispielhaft führt er das Thema Stadtbahn durch Ludwigsburg an. Abschließend erläutert er, dass es sich im Gremium abzeichne, dass einige Mitglieder den Haushalt ablehnten, weil die Steuern erhöht worden seien und aus ihrer Sicht zu wenig gespart werde. Andere Mitglieder lehnten den Haushalt ab, weil die Steuern in zu geringem Umfang erhöht worden seien und ihrer Meinung nach zu viel gespart werde. Er warne davor, sich

bei der Schlussabstimmung gegenseitig zu blockieren und erklärt, seine Fraktion werde dem Haushalt mehrheitlich zustimmen.

Im Anschluss spricht Stadtrat Dr. **Bohn** für die SPD-Fraktion. Seine Stellungnahme liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Stadtrat **Glasbrenner** ruft ins Gedächtnis, dass bereits bei der Generaldebatte eine Fraktion erklärt habe, dass sie sich weitgehend im Haushaltsplanentwurf 2013 wieder findet. Auch die FW-Fraktion hätte sich hierin sehr gerne wieder gefunden, allerdings mit dem Anspruch, dass in fetten Jahren die Vorratskammern – sprich Rücklagen – konsequent gefüllt würden, um in den schlechten Jahren davon zehren zu können. Um dies zu erreichen, habe seine Fraktion eine ganze Reihe Einspar- und Kostenreduzierungsanträge gestellt, welche mit etwas Engagement aller Beteiligten ohne weiteres realisierbar gewesen seien. Bedauerlicher Weise stünden die Verwaltung und eine Mehrheit des Gemeinderats nicht wirklich hinter diesem Vorhaben. Ganz im Gegenteil würden Grund- und Gewerbesteuer erhöht, da es viel einfacher sei, nur einen Steuererhöhungsbeschluss gegenüber der anonymen Bürgerschaft bzw. den Gewerbetreibenden treffen zu müssen, als bei vielen Einzelpositionen und –projekten konkret Betroffenen gegenüber die Einsparungen vertreten zu müssen. Aus diesem Grunde seien, wenn auch teilweise sehr knapp praktisch alle Anträge seiner Fraktion abgelehnt worden, die aktuell eine wirksame Verbesserung des Haushaltsplanes 2013 ergeben hätten. Zugestimmt habe man nur einigen Anträgen, die man aufgrund bereits gemachter Versprechungen oder weil sie volkswirtschaftlich und aus Gründen der Belastung der Bürger- und Geschäftsleute nicht habe ablehnen können. Beispielhaft nennt er die vorgezogene Realisierung des 2. Bauabschnittes der Eberhardstraße direkt im Anschluss an den 1. Bauabschnitt, die ohnehin von der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit dem Museumsneubau vorgeschlagen worden sei. Wenn man den südlichen Abschnitt der Eberhardstraße baue, könne man nicht einen zweiten Abschnitt Jahre danach durchführen und Bürger und Geschäftsleute und alle Betroffenen einschließlich der Kirchen jahrelang belasten. Das Credo seiner Fraktion sei also weiterhin „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“. Wenn man aber in der Zeit nicht spare, sondern exakt das Gegenteil mache und zig Millionen aus den Rücklagen zusätzlich ausgabe, komme es „in der Not“ zwangsläufig zu weiteren Erhöhungen von Steuern und Gebühren. Diese dürften jedoch nur dann erhöht werden, wenn es überhaupt keine andere Möglichkeit gebe. Diese Erhöhungen seien auch nicht generationengerecht, sondern eine besondere Form der Selbstbedienung und genau hier sei Verantwortlichkeit angezeigt. Aus den genannten Gründen finde sich die Fraktion der Freien Wähler im Haushalt 2013 nicht wieder, da offensichtlich keine ausreichende Bereitschaft zu sparen vorhanden sei. Sparen bedeute, die Ausgaben zu verringern und nicht die Einnahmen zu erhöhen. Seine Fraktion werde daher den Haushaltsplan 2013 ablehnen.

Anschließend nehmen Stadtrat **Gericke** für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stadtrat Dr. **Heer** für die FDP-Fraktion Stellung. Beide Reden sind dem Protokoll als Anlagen beigelegt.

Stadtrat **Hillenbrand** spricht auch im Namen von Stadträtin **Burkhardt**. Mit der Wiedereinführung des Gewerbesteuerhebesatzes von 1998 sei endlich das Vernünftige getan worden, auch wenn man sich weiter die Frage stellen müsse, ob dies zu spät oder in zu geringem Umfang passiert sei. Gegen die verschiedentlich angeführte Argumentation, es müsse mehr gespart werden, spreche im Grunde wenig. Allerdings besteht auch beim Sparen die Gefahr, es zu übertreiben. Auch das Sparen an den falschen Stellen führe nicht zu einem generationengerechten Haushalt. Insbesondere mangelnde Investitionen in Schulen und Bildungseinrichtungen seien eine Belastung für die Zukunft. Schiebe man notwendige Investitionen auf, führten diese zu einer Belastung folgender Generationen. Sparsam mit dem Mitteln der Bürgerinnen und Bürger umzugehen, sollte daher immer Maßstab des Handelns sein – nicht nur, wenn es um Steuererhöhungen, sondern auch wenn es um „Prachtbauten“ gehe. Bei der Erhöhung der Grundsteuer hätten sich er und Stadträtin Burkhardt sehr schwergetan, da diese bereits mehrfach und um insgesamt 34% erhöht worden sei. Grundlegend für die Zustimmung hierzu seien Überlegungen zur notwendigen Finanzierung von Zukunftsinvestitionen und zu einer gerechteren Lastenverteilung gewesen. Mit der Anpassung der Gewerbesteuer hingegen sei die ungleiche

Lastenverteilung nur etwas korrigiert worden. Die notwendige Konsolidierung des Haushalts und die Zuführungsrate seien dennoch nicht erreicht, man verbrauche weiterhin Rücklagenmittel und erreiche mittelfristig ein Niveau unter der vom Gemeinderat festgelegten Mindestrücklage. Man schiebe einen Investitionsstau vor sich her und das Vermögen der Stadt werde deutlich verschlechtert. Zudem gehe der Haushalt weiter zu Lasten des Sozialen. Exemplarisch weist er auf die Erhöhung der Elternbeiträge oder die Ablehnung der Bezuschussung der Jahres- und Umwelttickets hin. Insofern habe er auch kein Verständnis für die Ablehnung seines gemeinsam mit Stadträtin Burkhardt gestellten Antrags zur Sozialpolitik. Hier sei die Verwaltung noch viele Antworten auf offene Fragen zu sozialen Fragestellungen schuldig. Für ihn seien in diesem Zusammenhang keinerlei Leitlinien erkennbar. Es werde zwar hier und da etwas getan, jedoch sei nicht erkennbar, ob dahinter auch ein Konzept stehe. Kritisch betrachte er auch die Aussage von EBM Seigfried, dass für ein solches Konzept das Personal fehle. Eine richtige und notwendige Aufgabe dürfe nicht am Personal scheitern, da die Folgekosten deutlich höher seien, als jene für vorbeugende Maßnahme. In diesem Zusammenhang halte er es auch für äußerst wichtig, die Arbeit und die Belastungen der Mitarbeiter der Verwaltung transparent zu machen. Auf dieser Überlegung basiere auch sein und Stadträtin Burkhardts Antrag zu einer Bürgerbeteiligung bei der Stellenbedarfsplanung. Das Wort Bürgerbeteiligung sei in Ludwigsburg zwar dauernd zu hören, verdiene aber diesen Namen nicht. Vielmehr würden in Ludwigsburg unter diesem Titel reine Informationsveranstaltungen durchgeführt, es gebe aber keine wirkliche Möglichkeit für die Bürgerschaft, sich einzubringen. Zu der verkündeten Zunahme von Einwohnerzahlen merkt er abschließend an, dass diese zwar erfreulich sei, allerdings passten die hin und wieder zu hörenden Klagen über die Zunahme der Kosten für die Kinderbetreuung nicht in dieses Bild. Wenn man junge Familien ansiedeln wolle, müsse man sich im Voraus über die steigenden Anforderungen an die Infrastruktur im Klaren sein. Auch hier seien keine mittelfristigen Strategien zum Umgang mit neuen Herausforderungen hinsichtlich Flächeneinsparung, Energie, Verkehr, Demographie oder anderer Themenfelder erkennbar. Aus allen diesen Gründen entspreche der Haushalt weder seinen Vorstellungen noch denen von Stadträtin Burkhardt und beide lehnten ihn daher ab.

## **TOP 2                      Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg**

---

### **Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 2.1 und 2.2.

### **TOP 2.1                      Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg                      Vorl.Nr. 491/12** **- Wirtschaftsplan 2013**

---

### **Beschluss:**

Dem der Vorl. Nr. 491/12 beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2013 wird zugestimmt.

Die Niederschlagswassergebühr beträgt weiterhin 0,28 EUR pro Quadratmeter und die Schmutzwassergebühr 1,41 EUR pro Kubikmeter.

---

Protokollauszug Gemeinderat 13.12.2012

## Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und en bloc über die Vorl. Nrn. 491/12 und 492/12.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold  
Stadtrat von Stackelberg

Ja 31 Nein 1 Enthaltung 7

## Beratungsverlauf:

Die Vorl. Nrn. 491/12 und 492/12 werden gemeinsam zur Beratung und Beschlussfassung aufgerufen.

Bezug nehmend auf Vorl. Nr. 491/12 erklärt Stadtrat **Gericke**, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich enthalten, da der Niederschlagswassergebührensatz auch im Vergleich zum Durchschnitt in Baden-Württemberg zu niedrig angesetzt sei.

Nach Verzicht des Gremiums auf Sachvortrag und weitere Aussprache stellt OBM **Spec** die Vorl. Nrn. 491/12 und 492/12 en bloc zur Abstimmung.

## TOP 2.2

### Jahresabschluss 2011 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg

Vorl.Nr. 492/12

## Beschluss:

### 1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg zum 31.12.2011 wird mit folgenden Werten festgestellt:

	2011 in EUR	2010 in EUR
1.1 Bilanzsumme	64.067.126,23	65.603.743,09
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	63.122.465,79	64.106.268,35
- das Umlaufvermögen	938.854,75	1.493.613,80
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital	1.155.229,75	623.726,48
- die Investitionszuschüsse	11.767.892,62	12.212.499,09
- die Abwasserbeiträge	4.945.645,54	4.784.617,18
- die Rückstellungen	642.905,69	810.868,46
- die Verbindlichkeiten	45.555.452,63	47.172.031,88
1.2 Jahresgewinn/Jahresfehlbetrag	531.503,27	1.175.483,88

1.2.1	Summe der Erträge	11.672.652,17	11.822.695,26
1.2.2	Summe der Aufwendungen	11.141.148,90	10.647.211,38

## 2. Ergebnisverwendung

Der handelsrechtliche Jahresüberschuss in Höhe von 531.503,27 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

## 3. Entlastung

Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2011 Entlastung erteilt.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und en bloc über die Vorl. Nrn. 491/12 und 492/12.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold  
Stadtrat von Stackelberg

Ja 31 Nein 1 Enthaltung 7

### Beratungsverlauf:

Die Vorl. Nrn. 491/12 und 492/12 werden gemeinsam zur Beratung und Beschlussfassung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.1.

Nach Verzicht des Gremiums auf Sachvortrag und weitere Aussprache stellt OBM Spec die Vorl. Nrn. 491/12 und 492/12 en bloc zur Abstimmung.

**TOP 3**

**Straßenbeleuchtung ab 2013**

**Vorl.Nr. 607/12**

### Beschluss:

1. Die Übernahme der Anteile der EnBW bzw. der SYNA an der Straßenbeleuchtung durch die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird grundsätzlich befürwortet.
2. Die Verwaltung wird zur Vorbereitung der endgültigen Entscheidung beauftragt,
  - a. Die organisatorischen Fragen insbesondere hinsichtlich der bisher von städtischem Personal erbrachten Leistungen und der künftigen Zusammenarbeit zwischen Stadt und SWLB zu untersuchen und ein Modell zum Betrieb zu entwickeln.

- b. Im Anschluss daran die wirtschaftlichen Auswirkungen zu untersuchen.
3. Die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH werden beauftragt, die Verhandlungen zum Erwerb der Straßenbeleuchtungsanlagen mit den bisherigen Konzessionären zu führen. Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der SWLB wird ermächtigt, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend:     Stadtrat Seybold  
                          Stadtrat von Stackelberg

Ja 38   Nein 0   Enthaltung 1

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 607/12 zur Abstimmung.

---

<b>TOP 4</b>	<b>Stadtteilentwicklung in Grünbühl-Sonnenberg: Neuzuordnung der statistischen Bezirke und Änderung des Stadtteilnamens</b>	<b>Vorl.Nr. 473/12</b>
--------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

---

**Beschlussvorschlag:**

1. Das statistisch bisher dem Stadtteil Ludwigsburg-Süd zugeordnete Stadtviertel „Sonnenberg“ (statist. Kennziffer 50, dargestellt in Anlage 9 zur Niederschrift) wird zum 01.01.2013 dem Stadtteil Grünbühl zugeordnet
2. Der neue Stadtteil trägt ab 01.01.2013 den Namen „Grünbühl-Sonnenberg“

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend:     Stadtrat Seybold  
                          Stadtrat von Stackelberg

Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Das Gremium verzichtet einmütig auf Sachvortrag und Aussprache.

OBM Spec ruft die Vorl. Nr. 473/12 zur Abstimmung auf.

**TOP 5**

**Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler  
- Entwurfsbeschluss**

**Vorl.Nr. 490/12**

---

**Beschluss:**

- 1.) Der Gemeinderat beschließt den Entwurf des Kinder- und Familienzentrums Erdmannhäuser Straße 7+9 in Poppenweiler, gemäß den Anlagen zur Vorl. Nr. 490/12, auf Grundlage der Kostenberechnung vom 01.10.2012, mit Baukosten in Höhe von 3,80 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (KG 200, 300, 400 + 700).
- 2.) Der Vergabe der weiterführenden Planungsstufen an die beauftragten Planungsbüros mit Anpassung der Honorare auf der Grundlage der vorliegenden Kostenberechnung vom 01.10.2012 (gemäß der aktuellen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 24 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Daferner

Ja 24 Nein 13 Enthaltung 1

**Beratungsverlauf:**

BM Schmid erinnert an die bisherigen Beratungsschritte in den gemeinderätlichen Ausschüssen und verweist auf den im gestrigen Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt mit 7 zu 6 Stimmen angenommenen Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 632/12. Aus Verwaltungssicht sei dieser Antrag unnötig, da man bereits dem Wunsch nachgekommen sei, einen Controller einzuschalten. Dieser habe bereits zahlreiche Fragen beantwortet, ein Einsparpotential in Höhe von 150 000 € bestätigt und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass ein Baupreisrisiko in gleicher Höhe bestehe. Die Verwaltung schlage vor, die Begleitung durch das Controllingbüro beizubehalten und 150 000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Über das Einsparpotential werde dann im Rahmen der weiteren Planung und der Bauausführung beraten. Wolle man dem Antrag der FW-Fraktion folgen und innerhalb eines beschränkten Architektenwettbewerbs zwei weitere Büros hinzuziehen,



verliere man im Prozess rund 9 Monate. Eine Entscheidung vor der Sommerpause 2013 sei dann sicher nicht mehr möglich – und wahrscheinlich komme man doch nur zu dem Ergebnis, auf Grundlage des jetzigen Entwurfs weiterzumachen, da die Verwaltung bereits die kostengünstigste Lösung vorgeschlagen habe. Den Prozess nochmals in die Länge zu ziehen, gegebenenfalls den Konsens mit der Nachbarschaft zu gefährden und in eine noch breitere Debatte einzusteigen mache keinen Sinn.

EBM **Seigfried** weist ergänzend darauf hin, dass der ursprüngliche Plan gewesen sei, möglichst viele Bildungs- und Betreuungsangebote im Ortskern von Poppenweiler zusammenzuführen. Mit dieser Zielsetzung habe man auch das Schill-Gelände erworben um den städtischen Besitz zu arrondieren und dort die Kindertagesbetreuung zu konzentrieren. Aktuelle strebe man auf dem Schill-Gelände eine Standortkonzentration mit 6 Gruppen inklusiver dreier Kleinkindgruppen an, da dies auch den Elternwünschen nach flexiblen Angeboten über verschiedene Altersstufen hinweg und mit Ganztagesangeboten Rechnung trage. Heute stehe man am Entscheidungspunkt eines langen und an sich richtigen Weges. Man habe zwar ein schönes Konzept vorzuweisen, das jedoch einigen im Gemeinderat aus unterschiedlichen Gründen zu teuer sei. Zudem seien alle besorgt über den sich abzeichnenden Zeitverzug. Verwaltungintern sei man zu dem Ergebnis gelangt, dass der eingeschlagene Weg eines Anbaus an ein bestehendes Gebäude – der auch bereits Geld verschlungen habe – in der Gesamtschau der günstigere sei. Er plädiere dafür, möglichst schnell zu einer Entscheidung zu gelangen und Poppenweiler zu der dringend benötigten Betreuungseinrichtung zu verhelfen.

Stadtrat **Glasbrenner** begründet den Antrag der FW-Fraktion. Seien Fraktion unterstütze selbstverständlich die Idee eines konzentrierten Kinder- und Familienzentrums und sei sich auch des langen Weges bewusst, der bereits beschritten worden sei. Tatsache sei jedoch auch, dass die erste Entscheidungsvorlage hierzu dem Gremium erst vor rund 4 Wochen vorgelegt worden sei. Seither habe er den Eindruck, dass die Verwaltung mit den Hinweis auf den zeitlichen Druck versuche, das Gremium in Richtung des Verwaltungsvorschlages zu beeinflussen. Es sei zwar gut, wenn die Verwaltung davon überzeugt sei, dass ihr Vorschlag der richtige sei, allerdings hätte das Gremium es vorgezogen, wenn auch Alternativen dargelegt worden wären. Beispielsweise dränge sich geradezu auf zu untersuchen, ob nicht der Altbau – der nur unter großem zeitlichem und finanziellem Einsatz umgebaut werden könne – besser abgebrochen und stattdessen ein kompletter Neubau errichtet werden solle. Dies sei jedoch nicht geschehen. Kritisch am Verwaltungsvorschlag seien vor allem die hohen Kosten, die übermäßige Kubatur, dass man hinsichtlich Kubatur und Nutzfläche weit über dem Baukostenindex liege und dass vergleichbare Bauvorhaben in Kornwestheim und Pattonville deutlich günstiger seien. Auch weitere Mängel und Knackpunkte der Planungen seien in den Vorberatungen in den gemeinderätlichen Ausschüssen angesprochen worden. So wiesen beispielsweise die innere Organisation des Gebäudes und seien Funktionsweise durch die Halbgeschossigkeit Probleme auf und die Nordausrichtung der Aufenthaltsräume für die Kinder sei wenig nachvollziehbar. Strittig sei auch, ob die gewählte Architektur in den dörflichen Charakter der Umgebung passe und dass es keine Gesamtplanung für Außenanlagen und Erschließung gebe. Aus all diesen Gründen habe man einen Controller eingeschaltet, der sich zwar nach seiner persönlichen Ansicht „ganz wacker geschlagen“ habe, auf Grund der Verbindungen zur Stadtverwaltung über das Energetikom vielleicht doch nicht zu spitzesten Feder gegriffen habe. Insofern wundere es ihn auch, dass der Controller im Rahmen seines Vortrags im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu einem erheblich strengeren Ergebnis gekommen sei als in der später unterbreiteten Vorlage. Im Vortrag habe er noch die Empfehlung ausgesprochen, das Bestandsgebäude abzureißen und habe ebenfalls die hohen Kosten und die zu hohe Kubatur angesprochen. Zudem habe der Controller keinen Auftrag gehabt, die gewählte Architektur und die Haustechnik auf Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Es sei verwunderlich, dass die Verwaltung heute spontan anbiete, 150 000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Bisher sei auf die Einsparvorschläge des Controllers hinsichtlich beispielsweise der Bodenbeläge, der Lüftungs- und der Heizungsanlage und der hohen Elektroinstallationskosten – nicht reagiert worden. Nachdem dieses Thema nochmals im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt moniert worden sei, habe die Verwaltung vielmehr eine Vorlage vorgelegt, die aus seiner Sicht „zahlenmäßig schön gerechnet“ worden sei. Dazu seien Zahlen und Honorare konstruiert

worden um zu untermauern, dass die Sanierung des Altbaus die bessere Alternative darstelle. Die Ergebnisse des Controllers hätten also seitens der Verwaltung niemand wirklich interessiert und insofern sei das hierfür ausgegebene Geld tatsächlich „zum Fenster hinausgeworfen“. Auch werde behauptet, dass man einen besseren Standard baue als dies in Kornwestheim der Fall sei. Dies sei falsch, denn man baue sogar einen niedrigeren Standard. In der Summe seien die in der Verwaltungsvorlage dargestellten Fakten fehlerhaft und es fehle an einer objektiven Information der gemeinderätlichen Ausschüsse. Seiner Fraktion sei es jedoch wichtig, dass die zuvor angesprochenen Mängel behoben würden, da man nur so ein sinnvoll nutzbares Kinder- und Familienzentrum erhalte. Statt einer „übers Knie gebrochenen Entscheidung“ könne durch einen kleinen und bei gutem Willen kurzzeitig zu realisierenden Wettbewerb ein guter, kostengünstiger und schnell umzusetzender Neubau erarbeitet werden. Dann könnten auch endlich die Varianten „Neubau alleine“ und Bestandssanierung mit Neubau“ gegenübergestellt werden, denn die erste Alternative sei bisher schlichtweg unterschlagen worden. Er fordere die Stadtverwaltung für heute auf, gegen dieses Ansinnen nicht durch einen konstruierten Zeitverlust passiven Widerstand zu leisten und erwarte für die Zukunft, dass gemeinderätliche Entscheidungen durch umfangreichere Informationen besser vorbereitet würden. Das Gremium bitte er um Zustimmung zum Antrag der FW-Fraktion. Die Entscheidung über ein Bauwerk, das jahrzehntelang Mittelpunkt für die Themen Bildung und Betreuung und Anlaufstelle für Familien sein solle und das erheblich über 4 Mio. € kosten werde, dürfe man nicht „übers Knie brechen“.

OBM **Spec** verwehrt sich gegen den Vorwurf, dass „Zahlen schöngerechnet“ worden seien. Dies sei sowohl in der Sache falsche als auch den mit der Thematik befassten Verwaltungsmitarbeitern gegenüber unangebracht.

Stadträtin **Liepins** erinnert daran, dass man im Rahmen der Vorberatung in den gemeinderätlichen Ausschüssen bereits umfassend diskutiert habe. Aus ihrer Sicht mache es wenig Sinn, heute nochmals in allen Details auf Zahlen und Fakten einzugehen. Klarstellen wolle die SPD-Fraktion allerdings, dass die von der Verwaltung ins Feld geführte zeitliche Verzögerung auch von dieser selbst zu verantworten sei. Wie bereits von Stadtrat Glasbrenner angesprochen seien die erforderlichen Pläne erst vor rund 4 Wochen und damit mit gutem einem halben Jahr Verspätung vorgelegt worden. Sie wolle auch heute nicht über Kosten und Summen diskutieren, sondern lediglich festhalten, dass auch der von der Verwaltung beauftragte Controller Einsparpotentiale erkannt habe und dass der Schluss nahe liege, dass die Verwaltung mit ihrer Entscheidung für eine Sanierung des Bestandes und eine Ergänzung durch einen Neubau eventuell eine suboptimale Lösung gewählt habe. Die SPD-Fraktion werde aus diesen Gründen mit großer Mehrheit dem Antrag der FW-Fraktion zustimmen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des vorgeschlagenen beschränkten Wettbewerbs sei allerdings, dass nur Büros ausgewählt würden, die bereits und in der Lage seien, sich an die engen zeitlichen Vorgaben für die Erstellung einer genehmigungsfähigen Planung zu halten. Eine nochmalige Verzögerung von rund 2 Monaten könne ihre Fraktion in Kauf nehmen, eine noch längere Zeitspanne sei nicht hinnehmbar. Sie sei sich sicher, durch diese Konzession in zeitlicher Hinsicht am Ende bei eventuell gleichbleibenden Baukosten zumindest eine funktionalere und damit bessere Lösung für das Kinder- und Familienzentrum zu erhalten. Für die Zukunft hoffe sie, dass durch die im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossenen zusätzlichen Stellen für den FB Hochbau und Gebäudewirtschaft eine bessere Vorbereitung und eine beschleunigte Abwicklung von Hochbauprojekten sichergestellt werde.

Stadtrat **Gericke** weist darauf hin, dass zwischen dem selbstauferlegten Anspruch des Gremiums hinsichtlich einer nachhaltigen Bauweise und dem jetzt geäußerten Vorschlag, ein gerade einmal 18 Jahre altes Gebäude abzureisen, eine große Diskrepanz bestehe. Es mache wenig Sinn, ein Gebäude aufzugeben, das nach einer entsprechenden Ertüchtigung auch weitergenutzt werden könne. Eindeutige Anzeichen dafür, dass Abbruch und Neubau in jedem Fall der günstigere und sinnvollere Weg seien, könne er nicht erkennen. Zudem habe die Verwaltung das Gremium frühzeitig über den Weg informiert, den diese hinsichtlich der Planungen eingeschlagen habe, sowie auch über die hierbei zu erwartenden Schwierigkeiten und besonderen Herausforderungen. Das Gremium habe hieran zwar teilweise Kritik geübt oder Verbesserungen vorgeschlagen, ein

abweichender Antrag sei jedoch bis gestern nicht vorgelegt worden. Auf Druck des Gremiums sei hingegen von der Verwaltung bereits ein Controller eingeschaltet worden, der zu zusätzlichen Mehrkosten geführt habe. Ein Neubau bringe nun weitere Mehrkosten sowie Zeitverzögerungen mit sich. Dies sei auch angesichts der Tatsache, dass die Verwaltung angeboten habe, das vom Controller ermittelte Einsparpotential mit einem Sperrvermerk zu versehen, nicht akzeptabel. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde den Antrag der FW-Fraktion daher ablehnen.

Stadtrat **Haag** spricht für die FDP-Fraktion. Er moniert, dass man bereits seit Wochen und Monaten über das Kinder- und Familienzentrum diskutiere, jedoch erst seit gut 4 Wochen auf der Basis von Entwürfen und Kostendarstellungen. Seiner Fraktion gehe es nicht in erster Linie um die Baukosten von rund 3,8. €, sondern insbesondere um den Planungsablauf an sich und die Qualität der Planung. Zunächst müsse man sich mit der Entwurfsplanung für den von der Verwaltung vorgeschlagenen Neubauteil beschäftigen. Die Verwaltung habe es so dargestellt, dass die Gestaltung dessen Planung alternativlos sei und als Begründung hierfür unter anderem den Nachbarschutz angeführt. Allerdings mache es keinen Sinn und es sei auch eigentlich nicht hinnehmbar, dass in der Konsequenz der gewählten Planung die Belichtung der künftig von den betreuten Kindern genutzten Räume ungenügend sei. Hier gebe es dringenden Nachbesserungsbedarf. Was das Bestandsgebäude angehe, sei es ganz logisch, sich zunächst mit dessen möglicher Weiternutzung auseinanderzusetzen. Allerdings habe das vorgelegte Ergebnis größere Mängel und auch die Kostenfrage sei ungeklärt. Der beauftragte Controller habe mündlich dargelegt, dass der Kostenunterschied zwischen einer Ertüchtigung des Bestandes mit einer Ergänzung durch einen Neubau und einem kompletten Neubau lediglich rund 100 000 € betrage. Nicht außer Acht lassen dürfe man hierbei jedoch, dass der Umbau von Bestandsgebäuden bekanntermaßen regelmäßig mit einem Kostenrisiko verbunden sei. In der eine Woche später vorgelegten Vorlage seien die Mehrkosten des Neubaus dann plötzlich auf 400 000 € beziffert worden. Dies sei der Punkt, wo man die vorgelegten Zahlen und die zu Grunde liegenden Annahmen hinterfragen müsse. Ein Vorhaben in einer Größenordnung von rund 4 Mio. € verdiene eine besser und vor allem eine Alternativplanung.

OBM **Spec** stellt sich Bezug auf die geäußerte Kritik am planerischen Verfahren vor die Mitarbeiter des FB Hochbau und Gebäudewirtschaft. Allen Gremienmitgliedern sei bekannt gewesen, dass sich der gesamte Planungsprozess nicht nur mit dem Kinder- und Familienzentrum befasst habe, sondern auch mit der äußerst komplizierten Frage der Vereinsunterbringung in Poppenweiler. In vielen Gesprächen und Planungsüberlegungen habe unter anderem zunächst abgeklärt werden müsse, ob ein Mehrzweckraum für Vereinsnutzungen im Kinder- und Familienzentrum untergebracht werden könne. In diese Gespräche seien auch Vertreter der Fraktionen ebenso eingebunden worden wie in dem durch die Dynamik im Bereich der U3-Betreuung entstandene Notwendigkeit, eine weitere Krippengruppe einzuplanen. Mit Bezug zu den angesprochenen Baukostensteigerungen verweist er auf die derzeitige Hochkonjunktur in der Baubranche.

BM **Schmid** ist sich sicher, dass ein Vorschlag der Verwaltung, ein bestehendes Haus abzurechnen, Mehrkosten von 270 000 € und weitere 6 Monate Verzögerung in Kauf zu nehmen, im Gremium ebenfalls auf Widerstand gestoßen wäre. Der Verwaltung wäre in diesem Fall mangelnder Sparwille vorgeworfen worden. Natürlich habe die Verwaltung sich über diese Option Gedanken gemacht und sie auch gemeinsam mit dem Architekten diskutiert. Wenn man sich auf den jetzt vorgelegten Entwurf einlasse, werde man jedoch erkennen, dass dieser eine gute und funktionstüchtige Lösung darstelle.

Ergänzend geht Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) auf die Details des Planungsverlaufs und die maßgebenden Rahmenbedingungen ein. Insbesondere spricht er das Belichtungskonzept an, das aus Sicht der Verwaltung äußerst durchdacht sei. Der durch die Planungen erzielte Bezug zum Außenraum sei nach allen Erkenntnissen für Kleinkinder bedeutend wichtiger als eine Südausrichtung, die im Sommer zudem zu Aufheizung und der Notwendigkeit zur Verdunkelung führe. Insgesamt sei der Entwurf in seiner Funktionalität sehr gelungen. Hinsichtlich des im Antrag der FW-Fraktion vorgebrachten Wunsches nach einem beschränkten Wettbewerb stellt er die Konsequenzen in terminlicher Hinsicht sowie die

Auswirkungen auf die Planungskosten dar. Abschließend wirbt er nochmals für den Vorschlag der Verwaltung, den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten, einen Sperrvermerk über 150 000 € vorzunehmen und im weiteren Verfahren nach Einsparpotential zu suchen.

Auf Vorschlag von Stadtrat Herrmann folgt eine 10minütige Sitzungsunterbrechung.

Nach der Pause nimmt Stadtrat **Herrmann** für die CDU-Fraktion Stellung. Grundsätzlich habe seine Fraktion im Laufe der letzten Beratungen vermehrt den Eindruck gewonnen, dass dem Gemeinderat Vorlagen erst zu spät vorgelegt würden und in einem Stadium, in dem der Verwaltungsvorschlag bereits „alternativlos“ sei oder zumindest so bezeichnet werde. Dies müsse dringend geändert werden. Was die Kosten von rund 4 Mio. € anbelange, so sei es vorzuziehen, im Wissen um diese Summe einen Beschluss zu treffen, als im Verlauf des Verfahrens mit einer Steigerung nach der anderen konfrontiert zu werden. Dies bedeute im Umkehrschluss allerdings auch, dass seine Fraktion den FB Hochbau und Gebäudewirtschaft an der heute diskutierten Summe messen werde. Im Fazit werde seine Verwaltung dem Verwaltungsvorschlag unter deutlicher Kritik zustimmen und sie verbinde diese Zustimmung mit der Erwartung, künftig rechtzeitig informiert zu werden, statt unter Zeitdruck „alternativlose“ Entscheidungen treffen zu müssen.

Stadtrat **Juraneck** ergänzt die zuvor von Stadträtin Liepins abgegebene Stellungnahme für die SPD-Fraktion. Auch seine Fraktion sehe den Hauptkritikpunkt in Kommunikationsdefiziten. Hätte der FB Hochbau und Gebäudewirtschaft bereits im Sommer auf die zu bewältigenden Herausforderungen und die schwierigen Rahmenbedingungen explizit hingewiesen, hätte man diese sicher teilweise lösen können. In jedem Fall hätte man aber eine „hektische“ Auseinandersetzung damit innerhalb von gut 4 Wochen vermeiden können. Er hoffe, dass die unter Tagesordnungspunkt 7 zu beschließenden Maßnahmen künftig dazu beitragen, derartige Vorkommnisse zu vermeiden. Abschließend erklärt er, die Mitglieder der SPD-Fraktion hätten über den Antrag der FW-Fraktion und die Verwaltungsvorlage unterschiedliche Auffassungen und würden dementsprechend uneinheitlich abstimmen.

Nach Abschluss der Aussprache lässt OBM **Spec** zunächst über den Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 632/12, Tagesordnungspunkt 5.3, abstimmen.

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Anschließend ruft OBM **Spec** die Vorl. Nr. 490/12 zur Abstimmung auf.

Die Abstimmung erfolgt unter Berücksichtigung der Zusage von BM **Schmid**, die Baukosten mit einem Sperrvermerk in Höhe von 150 000 € zu versehen.

---

**TOP 5.1****Kinder- und Familienzentrums Poppenweiler  
- Entwurfsbeschluss****Vorl.Nr. 624/12**

---

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

**Antragstext:**

1. Die Stadtverwaltung beantragt, für das Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler den Bestandsbau zu sanieren und durch einen Neubau zu erweitern. Die Variante Abbruch des Bestandsgebäudes und ein gesamter Neubau mit dem dafür notwendigen Raumprogramm wurde mit Ausnahme einer überschlägigen Untersuchung eines Controlers nicht untersucht.
2. Um zu einer klaren Entscheidungsgrundlage kommen zu können, wird ein beschränkter Wettbewerb durchgeführt. Dazu sind neben dem bisher beauftragten 2 weitere Architekturbüros hinzuzuziehen, die nachweislich über aktuelle Erfahrungen im Kindertagesstättenbau verfügen. Zuzulassen sind jedoch nur die Architekturbüros, die in der Lage sind, eine Baugenehmigungsplanung bis spätestens 3 Monate nach Wettbewerbsentscheid einzureichen.
3. Ziel dieses beschränkten Wettbewerbes ist es, zu einer architektonisch reizvollen, jedoch besonders kostenbewussten und innerhalb eines Zeitraumes von ca. 12 Monaten ab Baugenehmigung zu realisierenden Lösung zu kommen.
4. Der beschränkte Wettbewerb ist bis zum 15.03.2013 abzuschließen.
5. Die energetischen Vorgaben und die haustechnische Ausstattung wird auf Vorschlag des Fachbereiches Hochbau vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt getroffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

---

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Daferner

Ja 16 Nein 21 Enthaltung 1

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

<b>TOP 6</b>	<b>Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren im Kindergartenbezirk Hoheneck Erweiterung der Städtischen Kindertageseinrichtung Reichertshalde 1. Grundsatzbeschluss 2. Vergabe der Planungsleistungen</b>	<b>Vorl.Nr. 478/12</b>
--------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

---

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 6.1.

<b>TOP 6.1</b>	<b>Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren im Kindergartenbezirk Hoheneck Erweiterung der Städtischen Kindertageseinrichtung Reichertshalde 1. Grundsatzbeschluss 2. Vergabe der Planungsleistungen - abweichender Beschluss zu Vorlage Nr. 478/12</b>	<b>Vorl.Nr. 618/12</b>
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

---

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt die Erweiterung der Kindertageseinrichtung Reichertshalde 51 auf der Grundlage der überarbeiteten Flächenstudie „Alternative A-Neu“ grundsätzlich.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistungsphase 1 und 2 (Grundlagenermittlung und Vorplanung) auszuarbeiten und den gemeinderätlichen Ausschüssen durch Informationsvorlage oder mündlich zu berichten.
3. Das Ingenieurbüro Zeeh, Schreyer + Partner, Sonnenhalde 52, 71642 Ludwigsburg, wird

mit den Leistungsphasen 1 und 2 für die Planung von Heizung, Lüftung und Sanitär beauftragt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend:     Stadtrat Seybold  
                          Stadtrat von Stackelberg  
                          Stadtrat Daferner  
                          Stadträtin Schneller  
                          Stadträtin Burkhardt

Ja 34   Nein 1   Enthaltung 1

### **Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert daran, dass im Zuge der Vorberatungen zugesagt worden sei, dass im Bereich des Raumprogramms noch Verbesserungen beziehungsweise Einsparungen vorgenommen werden könnten.

OBM **Spec** bestätigt dies und lässt über die Vorl. Nr. 618/12 abstimmen.

**TOP 7**

**Maßnahmen zur verbesserten  
Entscheidungsgrundlage von Hochbauprojekten  
Zusätzliche Personalkapazitäten im Fachbereich  
Hochbau und Gebäudewirtschaft**

**Vorl.Nr. 391/12**

---

### **Beratungsverlauf:**

Die Vorl. Nr. 601/12 ersetzt die Vorl. Nr. 391/12.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 7.1.

**Beschluss:**

1a. *wird durch Vorl. Nr. 631/12 ersetzt*

1. b. Hochbaumaßnahmen in der Größenordnung ab einem Brutto-Gesamtvolumen von 1,5 Mio. Euro werden von unabhängigen Controllern geprüft.  
Zur Finanzierung des anfallenden Fremdhonorars werden im Verwaltungshaushalt 2013 ff. jährlich 100.000 EUR veranschlagt.

2. *erledigt*

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Daferner  
Stadträtin Schneller  
Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Kreiser

**Beratungsverlauf:**

Die Vorl. Nrn. 601/12 und 631/12 werden en bloc zur Beratung und Beschlussfassung aufgerufen.

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) weist kurz auf die Punkte hin, in welchen die Vorl. Nr. 631/12 von der Ziffer 1a der Vorl. Nr. 601/12 abweiche.

Auf Bitte von Stadtrat **Hillenbrand** lässt OBM **Spec** zunächst separat über die Ziffer 1b der Vorl. Nr. 601/12 abstimmen.

Anschließend ruft er die Vorl. Nr. 631/12 zur Abstimmung auf.

Über die Ziffer 2 der Vorl. Nr. 601/12 wurde bereits im Gemeinderat 05.12.2012 im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen entschieden.



**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Projektabläufe für Hochbaumaßnahmen entsprechend des beigefügten Projektfahrplans (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) neu zu strukturieren. Es werden feste Kontrollinstanzen (internes und externes Controlling) in einen geregelten Planungsverlauf eingebaut.

Der Finanzierungsbedarf von Projekten wird erst nach Abschluss von erbrachten Leistungsphasen gemäß HOAI in die Finanz- und Haushaltsplanung aufgenommen. Unberührt bleibt hiervon die Veranschlagung von Planungsraten.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend:     Stadtrat Seybold  
                          Stadtrat von Stackelberg  
                          Stadtrat Daferner  
                          Stadträtin Schneller  
                          Stadträtin Burkhardt  
                          Stadträtin Kreiser

Ja 35   Nein 0   Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Die Vorl. Nrn. 601/12 und 631/12 werden en bloc zur Beratung und Beschlussfassung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 7.1.

**Beschluss:**

Der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb, Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstätten Ludwigsburg (ggf. noch durch den endgültigen Namen zu ersetzen) wird zugestimmt (s. Anlage zur Niederschrift).

## Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Daferner  
Stadträtin Schneller  
Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Kreiser

Ja 35 Nein 0 Enthaltung 0

## Beratungsverlauf:

OBM Spec weist auf die im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 11.12.2012 empfohlene Änderung in § 6 Absatz 1 Satz 3 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstätten Ludwigsburg hin. Zur Klarstellung sei wie folgt ergänzt worden: „Der Betriebsausschuss besteht aus *den* Mitgliedern, die dem nach der Hauptsatzung gebildeten Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) angehören.“

Daraufhin stellt er den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung dieser Änderung zur Abstimmung.

**TOP 9**

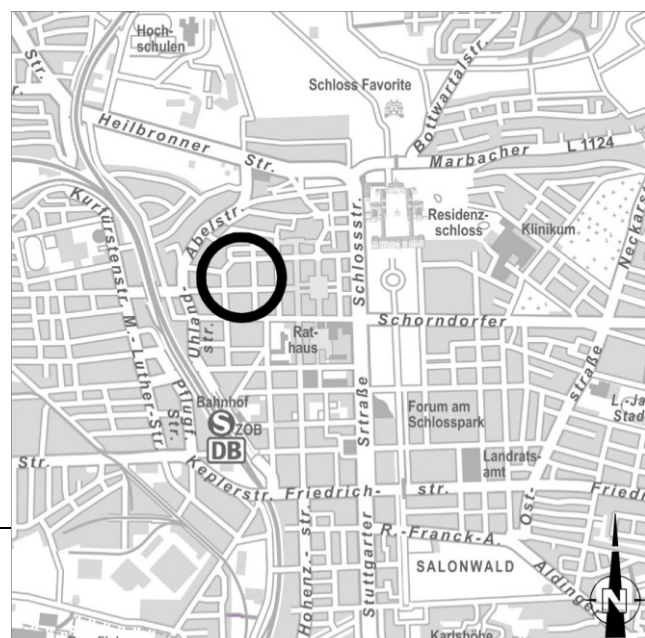
**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Gartenstraße"  
Nr. 012/14**

**Vorl.Nr. 483/12**

**- Aufstellungsbeschluss mit städtebaulichem Konzept  
und frühzeitige Beteiligung -**

## Beschluss:

- I. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Gartenstraße“ Nr. 012/14 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 29.11.2012.
- II. Ziel der Planung ist die Bereitstellung von Wohnbauflächen in innerstädtischer Lage.
- III. Das städtebauliche Konzept zum Bebauungsplan „Gartenstraße“ Nr. 012/14, bestehend aus dem Plan und der Begründung vom 29.11.2012



(Anlage 1+ 2), sowie der Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) werden als Grundlage für das weitere Verfahren beschlossen.

IV. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss einer Rahmenvereinbarung auf den in der Anlage dargestellten Grundlagen die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

V. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Angabe welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie der Zusammenfassenden Erklärung wird abgesehen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Daferner  
Stadträtin Schneller  
Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Kreiser  
Stadtrat Juranek

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Stadtrat **Juranek** ist nach § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg befangen. Er nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 483/12 abstimmen.

**TOP 10**

**Sportzentrum Hockey-Club Ludwigsburg 1912 e.V. -  
Projekt der Wolfgang-Reisser-Stiftung (Baurecht und  
Sportförderung)**

**Vorl.Nr. 369/12**

---

### **Beschluss:**

1. Die Wolfgang-Reisser-Stiftung wird einem geförderten Sportverein gleichgestellt und erhält für den Bau eines Sportzentrums sowie den Bau von drei Tennisplätzen einen Zuschuss entsprechend der „Richtlinien über die Förderung des Sports in Ludwigsburg“ in Höhe von

bis zu 300.000 €.

2. Im Rahmen des freien Ermessens und entsprechend der bisherigen Praxis wird der Wolfgang-Reisser-Stiftung für die Erstellung einer Sporthalle und vier Gymnastikräumen mit Sanitärbereich (Anteile aus Fitnessbereich) ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von bis zu 490.000 € gewährt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend:      Stadtrat Seybold  
                            Stadtrat von Stackelberg  
                            Stadtrat Daferner  
                            Stadträtin Schneller  
                            Stadträtin Burkhardt  
                            Stadträtin Kreiser  
                            Stadtrat Striegel

Ja 32    Nein 2    Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Stadtrat **Kromer** vertritt die Position, dass das Vorhaben der Wolfgang-Reisser-Stiftung die Palette an Sportangeboten in Ludwigsburg erheblich aufwerte. Auch sehe die CDU-Fraktion hierin eine notwendige und lange erwartete Initialzündung für den Sportpark Ost. Er bedanke sich daher bei der Wolfgang-Reisser-Stiftung für deren Engagement um die Ludwigsburger Sportlandschaft und stimme dem Verwaltungsvorschlag gerne zu.

Stadträtin **Schittenhelm** erklärt, die SPD-Fraktion stimme mit Ausnahme ihrer selbst dem Beschlussvorschlag ebenfalls zu. Auch sie selbst habe nichts gegen das Projekt an sich einzuwenden, sondern lediglich etwas dagegen, dass dieser Baustein aus dem Gesamtverfahren STEP herausgelöst und vorgezogen werde. Dies werde im weiteren Verlauf zu Vorfestlegungen und Problemen führen.

Stadtrat **Weiss** bringt auch im Namen der FW-Fraktion seine Zustimmung zur Vorl. Nr. 369/12 zum Ausdruck. Besonders begrüße er das große Engagement der Wolfgang-Reisser-Stiftung. Entgegen der Haltung sehe er kein Problem im Vorziehen dieses Bausteins. Innerhalb des umfangreichen Gesamtkonzepts für den Stadtpark Ost seien ohnehin nicht alle Maßnahmen auf einmal umsetzbar. Besonders erfreut sei er auch darüber, dass für 2013 eine Planungsrate für die Oststadthalle vorgesehen sei, damit man diesen Baustein zügig angehen könne.

Die Haltung von Stadtrat **Gericke** zur Beschlussvorlage ist ambivalent. Einerseits sehe auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Vorhaben eine Bereicherung für Ludwigsburg, andererseits fehle die Einbindung in den Rahmenplan sowie eine intensive Bürgerbeteiligung. Gut gefalle ihm auch, dass die Erschließung ausschließlich über die Westseite erfolgen werde, weniger gelungen sei, dass an den Parkplätzen auf der Ostseite festgehalten werde. Summa summarum hoffe er, dass die Bürgerschaft vom Vorhaben profitiere.

Stadtrat **Haag** gibt zu bedenken, dass sich der für den Rahmenplan aufgestellte Zeitplan wohl ohnehin nicht einhalten lasse. Insofern sei das Vorziehen des Projekts der Wolfgang-Reisser-Stiftung, das für sich bereits Umsetzungsreife erreicht habe, durchaus von Vorteil. Besonders hebt er auch die Realisierung des Projekts über eine Stiftung hervor. Die FDP-Fraktion hoffe, dass dieses außerordentliche private Engagement in Ludwigsburg weitere Nachahmer finde.

Stadtrat **Hillenbrand** schließt sich der Einschätzung von Stadträtin Schittenhelm an. Auch er wolle das Vorhaben der Wolfgang-Reisser-Stiftung nicht grundsätzlich in Frage stellen, sehe dieses aber zwingend als einen Teil des Rahmenplanes und nicht losgelöst von diesem. Auch Stadtrat Hillenbrand warnt vor Vor-Festlegungen durch dieses Vorgehen und vor den Problemen, die dies mit sich bringen werde.

Stadträtin **Lange** freut sich darüber, dass das Vorhaben der Wolfgang-Reisser-Stiftung zu einem neuen Anziehungspunkt für Breiten- und Spitzensportler in Ludwigsburg werde und die Sportlandschaft dadurch sinnvoll ergänze. Auch sie sehe hierin einen ersten richtigen Schritt in Richtung Sportpark Ost.

Stadtrat **Lettrari** teilt diese Auffassung. Ebenso wie Stadtrat Weiss sei auch er der Ansicht, dass sich nicht alle Maßnahmen, die für die Entwicklung des Sportparks Ost notwendig seien, in einem Schritt umsetzen ließen. Insofern sei das Vorziehen des Projekts der Wolfgang-Reisser-Stiftung zu vertreten.

Im Anschluss an die Aussprache lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 369/12 abstimmen.

---

<b>TOP 11</b>	<b>Entsendung eines städtischen Vertreters in den Aufsichtsrat der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg GmbH</b>	<b>Vorl.Nr. 509/12</b>
---------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

---

**Beschluss:**

Herr Oberbürgermeister Werner Spec wird als städtischer Vertreter in den Aufsichtsrat der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg GmbH entsendet. Zu seinem Stellvertreter als Aufsichtsrat wird Herr Albert Geiger benannt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Daferner  
Stadträtin Schneller  
Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Kreiser  
Stadtrat Striegel

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 1

### **Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 509/12 abstimmen.

**TOP 12**

**Annahme von Spenden, Schenkungen u. ä.  
Zuwendungen  
- Annahme von Einzelzuwendungen**

**Vorl.Nr. 501/12**

---

### **Beschluss:**

Die Zuwendung der Wüstenrot Stiftung, 71630 Ludwigsburg, i.H.v. **750.000 EUR** wird angenommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend:     Stadtrat Seybold  
                          Stadtrat von Stackelberg  
                          Stadtrat Daferner  
                          Stadträtin Schneller  
                          Stadträtin Burkhardt  
                          Stadträtin Kreiser  
                          Stadtrat Striegel

Ja 34   Nein 0   Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec ruft die Vorl. Nr. 501/12 zur Abstimmung auf.